

Initiative kostenloser ÖV in der Stadt Bern!

Die Partei der Arbeit beschliesst die Lancierung einer Gemeindeinitiative zur Einführung des kostenlosen öffentlichen Verkehrs in der Stadt Bern!

Der Klimanotstand erfordert rasches und entschiedenes Handeln. Appelle, das individuelle Verhalten zu verändern, genügen nicht; sondern es braucht wirksame, strukturelle Massnahmen. Wie die Erfahrungen in Städten wie Tallinn (Estland) oder Compiègne und Aubagne (Frankreich) gezeigt haben, bewirkt der kostenlose öffentliche Nahverkehr eine deutliche Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs hin zur Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Die Massnahme bringt auch eine notwendige finanzielle Entlastung für die einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten.

Aus diesen Gründen hat die Partei der Arbeit Bern an der Mitgliederversammlung vom 20. Januar beschlossen, in diesem Frühjahr gemeinsam mit der Kommunistischen Jugend Bern eine kommunale Volksinitiative zur Einführung von gratis-ÖV in der Stadt Bern zu lancieren.

21. Januar 2020, Partei der Arbeit Bern

Wie soll der kostenlose öffentliche Verkehr finanziert werden? PdA Stadträtin Zora Schneider, antwortet auf die Frage eines Journalisten.

Kritiker behaupten, dass kostenloser Nahverkehr teurer wäre als die jetzige Lösung. Aus unserer Sicht handelt es sich aber um den gleichen Betrag, dessen Bezahlung einfach anders verteilt wird. Mit dem Libero-Abo haben wir im Moment eine Finanzierungslösung über eine sehr teure Kopfgebühr. Wir stellen uns eine steuerliche Lösung vor. Steuern wären ein viel sozialerer Verteilmechanismus. Wenigverdienende zahlen weniger, Besserverdienende

de mehr. Was bei der Finanzierungsfrage kaum beachtet wird, sind zudem die Einsparmöglichkeiten im Strassenverkehr wegen der Umlagerung auf den ÖV. Umweltkosten, Unfälle, Lärm und schlechte Luft gehen im Moment ebenfalls auf Kosten des Steuerzahlers und der Steuerzahlerin. Es stimmt also nicht, dass ein kostenloser Nahverkehr teurer wäre. Gerade bei den Umweltkosten, deren Höhe in Zukunft kaum abgeschätzt werden kann, könnten die Steuerzahlerin, den Steuerzahler Überraschungen erwarten. Es ist deshalb besser, frühzeitig die Verkehrskonzepte in unseren Städten anzupassen.

Ausserdem hat die Stadt Bern gute Voraussetzungen für eine solche Initiative: Die Massnahme eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs wird von Experten vor allem den kleinen und mittelgroßen Städten empfohlen, die bereits ein gut ausgebautes ÖV-Netz haben und damit die Möglichkeit haben, schnell und flexibel auf starke Fahrgastzahlsteigerungen zu reagieren. Das ist in der Stadt Bern der Fall. Die bestehende Verkehrsinfrastruktur in der Stadt Bern würde also zu weniger Kosten als anderswo führen, wenn ein Ausbau wegen erhöhter Benutzung nötig sein sollte. Auch ergänzende Massnahmen sind von der Stadt Bern z.T. bereits ergriffen worden, indem sie Parkplätze verringert und die schnelle Durchfahrt für Autos erschwert hat.

Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass kostenloser ÖV ein Angebot ist, das motiviert, das Auto stehen zu lassen.

In der estnischen Hauptstadt Tallinn hat sich beispielsweise gezeigt, dass seit Einführung der Gratisfahrten der Anteil der Benutzenden etwa um 14 Prozent im Vergleich zu vorher zugenommen hat. Der geringe Anstieg liegt vor allem daran, dass Bus und Bahn schon vorher für Teile der Bevölkerung kostenlos oder sehr billig waren, wie für Rentner, Schüler und Studierende. In der Stadt Bern ist der öffentliche Verkehr hingegen für viele sehr teuer. Es ist also mit einem grösseren Umstieg zu rechnen.

Wem gehört der Strand?

Biel/Bienne macht meist nur von sich reden, wenn mit Sozialhilfe Beziehenden abgerechnet wird. Oder wenn sich die Bürgerinnen und Bürger ohne Schweizer Pass mit stattlichen Prozentwerten repräsentieren lassen. Und vielleicht gelangt gerade noch auf den Radar, dass der Stadt mit dem Autobahn-Westast eine verkehrspolitische Wende droht. Reifere Zeitgenoss*innen erinnern sich vielleicht gar noch an die EXPO.02, als das Seeufer von der Landesausstellung bespielt wurde. Und genau dieser Perimeter soll nun seiner endgültig kommerziellen Bestimmung zugeführt werden unter dem Label AGGLOlac.

Garantie für diesen kapitalstarken städtebaulichen Eingriff bietet der Wohnbaukonzern Mobimo, der sich bereits Zürich West auf eindrückliche Weise aufgeprägt hat. Und Garantie für die Garantie bieten die Gemeindeexekutiven der Städte Biel und Nidau, die sich so gebärden, als hätten sie den ganz grossen Fisch an Land gezogen. Das entspricht konsequent ihrer Vision von neoliberalen Umbau, die sie schon mit der Zusage zum Autobahn-Westast unter Beweis gestellt haben. Dass es sich dabei nicht um rechtsbürgerliche Machenschaften handelt, sondern um rotgrünmässig gedeckte Projekte, macht die Angelegenheit zu einem brisanten politischen Knackpunkt.

Während sich die Sozialdemokratie noch immer nicht von ihren Gentrifizierungsturbos Stöckli und Fehr (alt und neu Stapi) zu emanzipieren vermochte, macht ihnen der Bürger*innenprotest langsam die Hölle heiss. Bürgerlich demokratische Usancen geraten vor diesem Hintergrund zum Spielball von taktischen Mätzchen. Was zählt da schon, dass das Bieler Parlament sich gegen einen Verkauf an die Mobimo entschieden hat? Im Deal mit der Gemeinde Nidau lässt sich dieser Stadtratsbeschluss problemlos aushebeln.

Niemand kann unter diesen politischen Vorzeichen daran zweifeln, dass vor der Volksabstimmung Mitte 2020 eine geballte Ladung an Propaganda für die Gentrifizierung des Seeufers auf die Bürger*innen

einprasseln wird. Den Gegner*innen stehen dabei keine finanzpotenten Interessengruppen zur Seite. Was allerdings noch kein Grund zur Verzweiflung sein muss - wie schon der vielfältig und bunt wuchernde Widerstand gegen das Autobahnprojekt Westast illustriert hat.

Daraus gibt es durchaus einiges zu lernen:

1. Rotgrün dominierte Regierungen stehen weder für Rot noch für Grün. Sie stehen in erster Linie für Regieren.

2. Trauen wir der Rhetorik der Parlamente nicht! Viel Pathetisches ist gar nicht so gemeint. Und der Spatz in der Fraktionshand ist alleweil noch das Lieblingsmaskottchen derer, die immer wieder gewählt werden wollen.

3. Der Widerstand von unten und von der Seite darf sich nicht ins Kalkül von Fraktionen einrechnen lassen, die letzten Endes nur das Regierungsgeschäft parlamentarisch abdecken.

4. Wer auf den Widerstand von unten - oder neudeutsch: aus der Zivilgesellschaft - setzt, wird sich mit einer Vielfalt an Interpretationen, Vorstellungen und Methoden auseinandersetzen müssen. Einheitsfront hiess noch nie Ausmerzungen der Unterschiede. Und schliesslich noch

5. Konstruktives Denken kann zur Falle werden - zum Mitwirken am ursprünglich bekämpften Projekt führen als demokratisches Feigenblatt.

Zu abstrakt? Im Widerstand gegen das Projekt AGGLOlac aber höchst konkret. Und es sind mittlerweile schon einige Initiativen, die sich auf dieser Spur bewegen und ihre eigenen Utopien entwickeln. Oder wie es die Initiative "stranden" formuliert: "Wir präsentieren keine konstruktiven Vorschläge. Wir propagieren keine besseren Ver- und Überbauungen. Wir vertreten keine alternativen Festlegungen. Wir sagen einfach: nein! Nicht aus Frust, sondern: weil uns da nichts fehlt. Das ist viel. Das gilt es zu verteidigen." Bis zur Volksabstimmung gibt es noch viel zu tun. Wie hiess es einmal schon nur? Getrennt marschieren - gemeinsam...? Gemeinsam werden wir Mobimo stranden lassen. Wetten, das wird ein Fest!

Rolf Zbinden, PdA-POP Biel/Bienne



Gestalten vs. Agglolac

Wir lieben den Strand, wie er da einfach so liegt im Sonnenschein, unter gewittrigen Wolken, im Nebel. Es macht uns froh, dass er sich jeder engen Definition, jeder definitiven Nutzung und jedem Kalkül entzieht. Ein echtes Anderland, fast schon eine Utopie in vermessenen Zeiten und Landschaften. So soll es sein, so wird es sein - wenn wir uns nicht unterkriegen lassen. Manchmal ist nichts halt eben mehr als etwas. Manchmal ist ein Verzicht ein Gewinn gegenüber herrischen Eingriffen und Zugriffen.

Wir präsentieren keine konstruktiven Vorschläge. Wir propagieren keine besseren Ver- und Überbauungen. Wir vertreten keine alternativen Festlegungen. Wir sagen einfach: nein! Nicht aus Frust, sondern: weil uns da nichts fehlt. Das ist viel. Das gilt es zu verteidigen.

Wir sind kein Verein. Wir werden nicht repräsentieren. Wir werden nicht antichambrieren. Mit uns lässt sich nichts aushandeln. Wir haben den Glauben an Kompromisse verloren. Wir sagen einfach: nein zu Agglolac! Und wir gewinnen einen offenen Strand - wenn die Verwertung strandet: Stranden ist angesagt! Stranden ist konfessionell unabhängig, wir glauben jedoch an die Chance der Chancenlosen.

facebook.com/stranden.lassen

Territoires Palestiniens occupés

Interpellation de Denis de la Reussille au Conseil National

Le 19 novembre, l'administration Trump a déclaré que : "l'établissement de colonies de peuplements Israéliens en Cisjordanie n'est pas en soi contraire au droit international". A lire cette déclaration, il semble évident que le secrétaire d'Etat M. Pompeo n'a aucune connaissance du droit international.

- Selon la quatrième convention de Genève, le transfert de populations civiles dans un territoire occupé représente une violation de ladite convention.

- La résolution 2334 du Conseil de sécurité de l'ONU considère les colonies d'occupation comme : "une violation du droit international humanitaire, mettant gravement en péril la solution à deux états".

Dès lors quel moyen le Conseil fédéral pense-t-il se donner pour faire comprendre à l'administration Etatsunienne que le droit international n'est pas un programme à options ?

Le Conseil fédéral a-t-il réaffirmé à l'Autorité Palestinienne son plein et entier soutien à une solution de paix négociée et non pas imposée ?

En tant que dépositaire des conventions de Genève citées plus haut, la Suisse ne devrait-elle pas exprimer très clairement que tout écart aux décisions de l'ONU, malheureusement jamais respectées par le gouvernement Israélien, est à la fois illégal et inacceptable.

Intervention de Denis de la Reussille, Conseiller national PST-POP 3.12.2019

Impressum:

PdA POP Partei der Arbeit des Kantons Bern
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern
www.pdabern.ch / www.popbienne.ch
mail@pdabern.ch / Kontonummer 30-26786-9

Aufnahme von im Mittelmeer in Seenot geratenen Geflüchteten

**Rede zur Motion, Zora Schneider (PdA)
Stadtratsitzung Bern vom 12. Dezember 2019**

Wir besprechen die Forderungen dieser Motion zum wiederholten Mal und sie hat nichts an Aktualität verloren. Nach wie vor sind Menschen von Folter und existentieller Not bedroht und viele von ihnen verlieren ihr Leben auf der Flucht und auch wenn sie zurückgeschafft werden. Ihnen zu helfen, ist unsere moralische Pflicht! Die Erfüllung existentieller Bedürfnisse und der Erhalt des Lebens von Menschen wird moralisch nur durch Konsequenzen ähnlich schwerwiegender Art aufgewogen. Das heisst, erst recht nicht durch rassistisch motivierte und in der Phantasie angesiedelte Ängste! Oder durch verschleierte Umkehrungen der Tatsachen, wie sie sich in Worten wie «Gutmenschentum» zeigen.

In der Moralphilosophie wird zur Illustration unserer moralischen Pflicht ein Bild benutzt: Jemand geht an einem Teich vorbei, in dem ein Kind ertrinkt. Wenn die Person das Kind rettet, wird sie nass. Natürlich leuchtet es ein, dass es für die vorübergehende Person eine moralische Pflicht gibt, das Kind zu retten! Diese besteht auch, wenn es noch einen Teichverantwortlichen gibt, der für den Teich zuständig wäre, der aber nichts tut. Und erst recht gilt diese Pflicht, wenn dieser sogar eine Grenzmauer um den Teich aufgebaut hat und mindestens in Kauf nimmt, dass das Kind ertrinkt. Diese Art der Pflicht trifft uns alle. Wir sind sozusagen um den Teich versammelt und zum Teil reden wir darüber, dass wir das Kind gern retten würden. Aber dann werden weitere Menschen in den Teich gestossen. Die Anwesenden helfen beim Gefangennehmen von weiteren Menschen, die man zum Teich bringt und auf dem Weg zum Teich sind schon Menschen gestorben, weil man sie zu fest gefesselt hat.

Ja. Man kann sagen, dass ich das Bild jetzt ziemlich ausgereizt habe. Aber es illustriert das We-

sentliche: Es reicht nicht, dabei zu stehen und den Anweisungen des Teichzuständigen zu folgen. Das Recht allein ist kein Garant für Gerechtigkeit. Vor allem dann nicht, wenn es solch grundsätzliche moralische Prinzipien verletzt.

Ich habe Fragen an den Gemeinderat: Als wir die letzte solche Motion besprochen haben, hat er geschrieben, er wolle das Thema bei der Städteinitiative Sozialpolitik, bei den zuständigen kantonalen Konferenzen (Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren, Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren und Konferenz der Kantonsregierungen) und direkt beim Bundesrat auf den Tisch bringen. Das sei erfolgsversprechender als andere Vorgehensweisen. Ausserdem sollten Ansätze erarbeitet werden, die dem angebotenen Engagement der Städte Rechnung tragen. Das war vor zwei Jahren. Deshalb würde ich gern wissen, was man bis jetzt in Bezug auf die angekündigten Massnahmen erreicht hat.

Ausserdem möchte ich die Gemeinderätin fragen, ob sie eine Mitarbeit bei Ausschaffungen befürworten kann angesichts der moralischen Pflicht, niemanden an Leib und Leben Schaden zuzufügen. Es ist Zeit, ein Zeichen zu setzen, z. B. indem man Ausschaffungen stoppt und Sans Papiers legalisiert! Vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen.

Bern, den 12. Dezember 2019

Kalender

PdA Regionalgruppe Bern

Mittwoch, 25. März 19:30 Gratis-ÖV-Initiative Stadtgruppensitzung im PdA Lokal im 1.Stock der Brasserie Lorraine, Quartiergasse 17

Kantonale Mitgliederversammlung PdA POP Bern, Montag, 27. April 19:30 im PdA Lokal im 1.Stock der Brasserie Lorraine, Quartiergasse 17

Tag der Arbeit 1. Mai 2020

Wir sind mit einem Stand auf dem Bundesplatz und sammeln für unsere Gratis-ÖV-Initiative.
